

Amtsblatt

für den

Landkreis Hannover

H 20151 B

JAHRGANG 1986

HANNOVER, DEN 6. NOVEMBER 1986

NR. 46

INHALT

SEITE

A) SATZUNGEN, VERORDNUNGEN UND BEKANNTMACHUNGEN DES LANDKREISES HANNOVER

— — —

B) SATZUNGEN UND BEKANNTMACHUNGEN DER STÄDTE UND GEMEINDEN

1. Stadt Langenhagen

Nachtragshaushaltssatzung 506

Bebauungsplan Nr. 304 „Heidestraße/Krähenbergstraße“ 507

Bebauungsplan Nr. 426 „Gewerbegebiet Godshorn-Nord,
III. Abschnitt“ 507

2. Stadt Neustadt a. Rbge.

Bekanntmachung zum Bebauungsplan Nr. 726 „Zum Kleinsberg“
der Stadt Neustadt a. Rbge. - Stadtteil Luttmersen 508

3. Stadt Pattensen

1. (vereinfachte) Änderung des Bebauungsplanes Nr. 129
„Auf der Bleiche“ der Stadt Pattensen, Landkreis Hannover 509

Bauleitplanung der Stadt Pattensen 509
Genehmigung des Bebauungsplanes Nr. 133 a „Gutshof“ in Pattensen-Mitte

Bauleitplanung der Stadt Pattensen 510
Genehmigung des Bebauungsplanes Nr. 134 b „Auf der Burg“ in Pattensen-Mitte

C) SONSTIGE BEKANNTMACHUNGEN

— — —

Mit dieser Bekanntmachung wird der vorgenannte Bebauungsplan der Stadt Neustadt a. Rbge. rechtsverbindlich.

Auf die §§ 155 a und 44 c BBauG wird folgendermaßen hingewiesen:

Eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften des BBauG beim Zustandekommen des genannten Bebauungsplanes ist nach § 155 g BBauG unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich unter Bezeichnung der Verletzung innerhalb eines Jahres seit Eintreten der Rechtsverbindlichkeit gegenüber der Stadt Neustadt a. Rbge. geltend gemacht werden. Diese Rechtsfolge tritt nicht ein, wenn die Vorschriften über die Genehmigung und die Veröffentlichung des genannten Bebauungsplanes verletzt worden sind.

Nach § 44 c BBauG kann Entschädigung verlangt werden, wenn die in § 39 j (Vertrauensschaden), § 40 (Entschädigung in Geld oder durch Übernahme), § 42 (Entschädigung bei Begründung von Geh-, Fahr- und Leitungsrechten) und § 43 (Entschädigung bei Änderung oder Aufhebung einer zulässigen Nutzung) bezeichneten Vermögensnachteile eingetreten sind. Die Fälligkeit des Anspruchs kann dadurch herbeigeführt werden, daß die Leistung der Entschädigung schriftlich beim Entschädigungspflichtigen nach § 44 a BBauG beantragt wird.

Ein Entschädigungsanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von 3 Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die Vermögensnachteile eingetreten sind, die Fälligkeit des Anspruchs herbeigeführt wird.

Neustadt a. Rbge., den 23.10.1986

STADT NEUSTADT A. RBGE.
Der Stadtdirektor
i.A. Spennes

3. Stadt Pattensen

1. (vereinfachte) Änderung des Bebauungsplanes Nr. 129 „Auf der Bleiche“ der Stadt Pattensen, Landkreis Hannover

Gemäß § 12 Bundesbaugesetz (BBauG) wird hiermit öffentlich bekanntgemacht, daß der Rat der Stadt Pattensen in seiner Sitzung am 01.10.1986 die 1. (vereinfachte) Änderung des Bebauungsplanes Nr. 129 „Auf der Bleiche“ gemäß § 10 BBauG als Satzung sowie die Begründung beschlossen hat.

Der räumliche Geltungsbereich des Plangebietes der 1. (vereinfachten) Änderung umfaßt das Gelände des Tennisvereins Pattensen e.V., Flurstück 433/2 (Teilbereich), Flur 15, in der Gemarkung Pattensen.

Die 1. (vereinfachte) Änderung des Bebauungsplanes liegt mit der dazugehörigen Begründung ab sofort ständig im Verwaltungsnebengebäude der Stadt Pattensen, Marienstraße 2, Stadtplanungsamt, Zimmer 202, während der Dienstzeiten zu jedermanns Einsichtnahme bereit.

Die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 129 „Auf der Bleiche“ wird mit dieser Bekanntmachung rechtsverbindlich.

Gemäß § 44 c BBauG kann Entschädigung verlangt werden, wenn die in § 39 j BBauG (Vertrauensschaden), § 40 BBauG (Entschädigung in Geld oder durch Übernahme), § 42 BBauG (Entschädigung bei Begründung von Geh-, Fahr- u. Leitungsrechten), § 43 BBauG (Entschädigung bei Bindungen für Bepflanzung) und § 44 BBauG (Entschädigung bei Änderung oder Aufhebung einer zusätzlichen Nutzung) bezeichneten Vermögensnachteile eingetreten sind. Die Fälligkeit des Entschädigungsanspruches kann dadurch herbeigeführt werden, daß die Leistung der Entschädigung schriftlich bei dem Entschädigungspflichtigen beantragt wird.

Der Entschädigungsanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von 3 Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die genannten Vermögensnachteile eingetreten sind, die Fälligkeit des Anspruchs herbeigeführt wird.

Eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften des Bundesbaugesetzes bei der Aufstellung von Satzungen (Bebauungsplan) nach dem Bundesbaugesetz ist unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung der Satzung gegenüber der Stadt Pattensen geltend gemacht worden ist; der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist darzulegen (§ 155 a des Bundesbaugesetzes in der Fassung des Gesetzes zur Beschleunigung von Verfahren und zur Erleichterung von Investitionsvorhaben im Städtebaurecht). Dieses gilt nicht für die Verletzung von Vorschriften über die Genehmigung und diese Bekanntmachung der Satzung (Bebauungsplan).

Pattensen, den 14.10.1986

STADT PATTENSEN
Der Stadtdirektor
In Vertretung
Wende

Bauleitplanung der Stadt Pattensen Genehmigung des Bebauungsplanes Nr. 133 a „Gutshof“ in Pattensen-Mitte

Der Landkreis Hannover hat gemäß § 11 Bundesbaugesetz (BBauG) mit Verfügung vom 15.10.1986 -Az.: 606172-12/5-133 a - den Bebauungsplan Nr. 133 a „Gutshof“ in Pattensen-Mitte mit folgenden Auflagen genehmigt:

1. Da die Flächen zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern nach der Begründung des Bebauungsplanes auf den Baugrundstücken (Baugebiet) festgesetzt sind, sind diese Flächen auf der Urschrift des Bebauungsplanes entsprechend der Planzeichenerklärung farbig anzulegen.
2. In der Urschrift des Bebauungsplanes sind die auf dem Grundstück „Hofstraße 2“ eingezeichneten 4 Punkte zu entfernen, da dieses Planzeichen in der Planzeichenerklärung nicht erläutert und ein Sinnzusammenhang mit den übrigen Festsetzungen des Bebauungsplanes nicht erkennbar ist.

Die Auflagen wurden zwischenzeitlich erfüllt.

Gemäß § 12 BBauG wird der Bebauungsplan Nr. 426 „Gewerbegebiet Godshorn-Nord, III. Abschnitt“ mit dieser Bekanntmachung rechtsverbindlich.

Entstehen im Gebiet des Bebauungsplanes einem Eigentümer oder sonstigem Nutzungsberechtigten Vermögensnachteile dadurch, daß im Bebauungsplan

- a) Flächen für bestimmte Nutzungen (insbesondere für Gemeinbedarfs-, Verkehrs- und Gemeinschaftsanlagen festgesetzt sind (§ 40 BBauG),
- b) Flächen mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten belastet sind (§ 42 BBauG),
- c) Bindungen für Bepflanzungen festgesetzt sind (§ 43 BBauG) oder
- d) eine zulässige Nutzung geändert oder aufgegeben ist (§ 44 BBauG),

so kann der Entschädigungsberechtigte im Rahmen der vorgenannten Paragraphen Entschädigung verlangen. Er kann die Fälligkeit des Anspruchs dadurch herbeiführen, daß er die Leistung der Ent-

schädigung schriftlich bei dem Entschädigungspflichtigen beantragt.

Ein Entschädigungsanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von drei Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die genannten Vermögensnachteile eingetreten sind, die Fälligkeit des Anspruchs herbeigeführt wird.

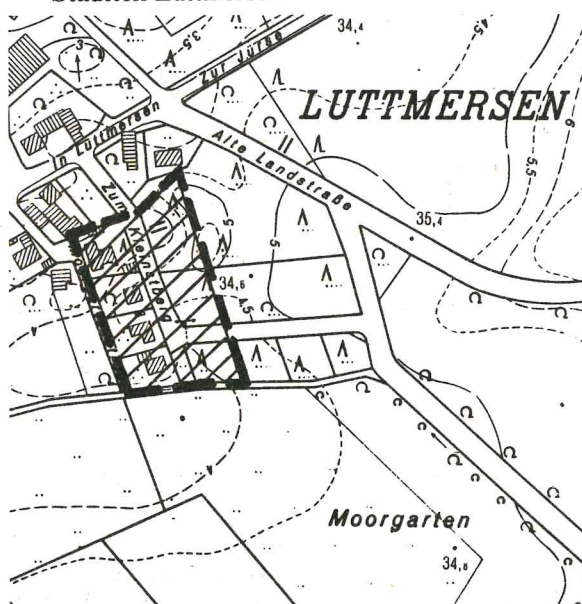
Eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften des Bundesbaugesetzes beim Zustandekommen des o.a. Bebauungsplanes ist gemäß § 155 a BBauG unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich unter Bezeichnung der Verletzung innerhalb eines Jahres seit Inkrafttreten der Satzung gegenüber der Stadt Langenhagen geltend gemacht worden ist. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Genehmigung oder die Veröffentlichung der Satzung verletzt worden sind.

Langenhagen, den 06.11.1986

STADT LANGENHAGEN
Der Stadtdirektor
In Vertretung
Dr. Börger
Stadtrat

2. Stadt Neustadt a. Rbge.

Bekanntmachung zum Bebauungsplan Nr. 726 „Zum Kleinsberg“ der Stadt Neustadt a. Rbge. - Stadtteil Luttmersen



Kartengrundlage: Deutsche Grundkarte
Erlaubnisvermerk: Vervielfältigungserlaubnis erteilt durch das
Katasteramt Hannover am 22.2.82 Az.: AI 11356/82

Der Landkreis Hannover hat gemäß § 11 des Bundesbaugesetzes (BBauG) den Bebauungsplan Nr. 726 „Zum Kleinsberg“ der Stadt Neustadt a. Rbge., Stadtteil Luttmersen, mit Verfügung vom 15.10.1986 - Az.- 606172-11/18-726 - genehmigt.

Geltungsbereich:

Der Geltungsbereich des Plangebietes liegt in der Flur I der Gemarkung Luttmersen und ist begrenzt:

Im Süden

durch die Südgrenzen der Flurstücke 66/10, 66/11 und 35/3;

im Westen

durch die Ostgrenze der zum Teil entwidmeten Moorgartenstraße von Süden nach Norden bis zum Flurstück 37;

im Norden

durch die Südgrenze des Flurstückes 37, vom Schnittpunkt der Ostgrenze der Moorgartenstraße nach Osten bis zum Flurstück 38; durch die Nordgrenze des Flurstückes 36; durch eine gedachte Linie quer über die Straße „Zum Kleinsberg“, die gezogen wird vom nordöstlichen Grenzstein des Flurstückes 64/7; durch die Nordgrenze des Flurstückes 64/7 auf einer Länge von 35 m, ausgehend vom vorgenannten Grenzstein;

im Osten

durch eine gedachte Linie, die gezogen wird vom vorgenannten 35-m-Punkt auf der Nordgrenze 64/7 bis zum nordöstlichen Grenzstein des Flurstückes 66/10; durch die Ostgrenze des Flurstückes 66/10.

Der Bebauungsplan Nr. 726 „Zum Kleinsberg“ der Stadt Neustadt a. Rbge., Stadtteil Luttmersen, liegt mit Begründung zu jedermanns Einsicht im Stadtplanungsamt der Stadt Neustadt a. Rbge., Theresenstraße 4, 3057 Neustadt a. Rbge. 1, während der Dienstzeiten (Mo-Do von 7.00-16.30 Uhr); Fr. von 7.00-13.00 Uhr) aus.